

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 7/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €

**Gemeinsam
mehr werden.
Gerechtigkeit
ist machbar.**

DIE LINKE.

Blick in den Saal der 1. Tagung
des 6. Bundesparteitages,
8.-10. Juni in Leipzig

"WIR KÖNNEN UNS STRITTIGE DEBATTEN LEISTEN!"

so Bernd Rixinger auf dem 6. Bundesparteitag

Schon vor dem Bundesparteitag war die Spannung groß: Soll der Parteitag beschließen "Bleiberecht für alle", und dann hat jede Genossin und jeder Genosse diese Meinung zu vertreten, oder soll die Debatte über offene Grenzen weitergeführt werden: Was ist linkes Ziel? Wie ist es umsetzbar? Welche Aufgaben haben wir als Mitglieder der LINKEN dazu zu leisten? Was ist sofort zu tun, was ist erst perspektivisch möglich? Wie helfen wir den Geflüchteten, die unter unmenschlichen Bedingungen in Libyen, Griechenland und anderswo festsitzen? Wie kann das Sterben auf dem Mittelmeer beendet werden? Sind die Antworten auf diese Fragen lediglich eine "Haltungsfrage" oder sollen sie Beiträge für realisierbare Lösungsvorschläge sein? Viele waren erleichtert, als Bernd Rixinger in seinem letzten Beitrag auf dem Parteitag zur Fortsetzung der Debatte aufrief und die beiden Partei- und Fraktionsvorsitzenden gegen Ende des Parteitages gemeinsam einen "Verfahrensvorschlag" vortrugen, in dem sie u.a. aufriefen, diese Debatte in unseren Gremien und nicht in den Medien zu führen und zwar sachlich und ohne persönliche Beschädigungen.

Diesem Verfahrensvorschlag war eine ungewöhnlich hitzige Diskussion auf dem Parteitag vorausgegangen: Nach der Rede von Sahra rief das Tagungspräsidium dazu auf, drei Anfragen an Sahra zu stellen und nach der Beantwortung wurde auf Antrag eine "begrenzte Debatte" zu Sahras Rede zugelassen. Und hier eskalierte die Diskussion: Elke Breitenbach z.B. schrie, an Sahra gewandt, ins Mikrofon "Wir erwarten von dir, dass du die Mehrheitsposition dieser Partei achtest. Du zerlegst gerade diese Partei. Das ist unglaublich!" Meine Meinung dazu:

- Der Beifall bei und nach der Rede von Sahra, die stehenden Ovationen nach ihrer Rede (wobei sich nicht alle Delegierten beteiligten) sowie das knappe Abstimmungsergebnis 250 gegen 249 für die begrenzte Debatte lassen vermuten, dass es keine eindeutige "Mehrheitsmeinung dieser Partei" gegen

oder für Sahras Positionen gibt.

- Elke Breitenbach ist im Berliner Senat Senatorin für Integration, Soziales und Arbeit. Im vergangenen Jahr hat Berlin mehr als 1.600 Geflüchtete abgeschoben, sie wurden also unter ihrer Leitung und Verantwortung ausgewiesen. Auch wenn sie das sicher gegen ihren persönlichen Willen getan hat: es widerspricht - ihre Worte: "der Mehrheitsposition dieser Partei". Rechtfertigt das ihren Gefühlsausbruch gegen Sahra?
- Die Einwanderungsfrage beschäftigt und bewegt die Mehrzahl unserer Bürger zutiefst,
- Lösungen sind außerordentlich kompliziert - von der Sache her und im Hinblick auf die öffentliche Meinung. Die Verordnung eines Diskussionsstopps hätte meines Erachtens fatale Folgen für Ansehen und Wirkungsmöglichkeit unserer Partei.

In einer eindringlichen Rede mahnte Gregor Gysi, die soziale Frage als internationalistische Frage zu begreifen: Konzerne und Banken agieren global, Handy und Internet ermöglichen einen weltweiten Lebensstandardvergleich. Die Regierungen reagieren mit Abschottung, die Linke müsse aber eine andere Antwort finden, nämlich eine Antwort auf die "soziale Frage als Menschheitsfrage". Unser erstes Interesse müsse sein, die Welt und damit auch die nationale Politik so zu verändern, dass Menschen nicht fliehen müssen. Natürlich ist das zu unterstreichen, aber leider informierte uns Gregor Gysi in seinem Bericht nicht, welche Vorschläge die Europäische Linke, deren Vorsitzender er ist, dazu hat. Und er sprach auch nicht darüber, wie eine sozialistische Einwanderungspolitik zum Kampf gegen internationale Armut beitragen kann. Auf der Welt leben etwa 3 Milliarden Menschen in absoluter Armut (sie verfügen über maximal 2 Dollar pro Person und Tag), die wenigsten von ihnen haben überhaupt die Möglichkeit, die Flucht in die reicheren Länder anzu-



© Jakob Huber

treten. Müssten wir als Teil der internationalen Linken nicht ein Konzept gegen die internationale Armut erarbeiten, in dem wir unsere Vorstellung über die Rolle von Einwanderung bestimmen? Sollten wir nicht in diesem Zusammenhang z.B. vorschlagen, dass wir denjenigen, die überhaupt die Möglichkeit haben, zu uns zu kommen und die bereit wären, später in ihre Heimatländer zurückzukehren, Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die sie später zum Aufbau ihrer Länder nutzen können? Müssten wir nicht dafür sorgen, dass unsere reichen Länder ihnen auch die Mittel dazu in die Hand geben? Wäre es nicht lohnend, darüber eine Debatte zu organisieren?

Diese Frage und diese Aufgabe stellt sich allerdings nicht, wenn ich das Recht auf Einwanderung nicht vorrangig als Beitrag zum Kampf gegen internationale Armut und für soziale Gerechtigkeit sehe, sondern als allgemeines Freiheitsrecht fordere. Auf dem Parteitag wurde der Antrag G 9 mit zwei anderen Anträgen an den Bundesvorstand überwiesen mit dem Auftrag, der Bundesvorstand möge über Einwanderung eine Debatte organisieren. Im Antrag heißt es: "Alle Menschen sind gleich viel wert. ... Wenn alle Menschen gleich viel wert sind, dann hat jede*r das Recht, in Wohlstand und Frieden zu leben. Wie können wir dann Menschen verweigern, sich dort niederzulassen, wo sie ein besseres Leben erwarten?" Ist es nicht dringend notwendig, auch darüber, also über das Grundverständnis und die grundlegende Zielstellung unserer Partei zu diskutieren?

Dorothea Wolff

HILFE FÜR BETROFFENE DER UNWETTER IM VOGTLAND

Elementarschaden-Pflichtversicherung einführen

Nach dem schlimmen Unwetter im Vogtland erklärt Janina Pfau, Landtagsabgeordnete der LINKEN aus dem Vogtland:

"Die Verwüstungen, die das Unwetter am 24.05.2018 im oberen Vogtland hinterlassen hat, sind schockierend, und wir danken allen Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz. Jetzt heißt es aber, schnelle Hilfe bei Reparatur und Wiederaufbau leisten.

Neben der öffentlichen Infrastruktur sind viele Wohnhäuser betroffen. Einige haben nicht einmal eine Versicherung gegen Wasserschäden, da sie die Versicherungsunternehmen aufgrund der Nähe zum Wasser nicht mehr versichert haben. DIE LINKE hatte zuletzt 2017 einen Antrag zu einer Pflichtversicherung zu Elementarschäden ins Plenum eingebracht. Der Antrag wurde abgelehnt, und bis heute ist hier nichts passiert.

Eine Pflichtversicherung ist die einzige Möglichkeit, Menschen, deren Häuser in der Nähe von Gewässern stehen, überhaupt noch eine Versicherungsmöglichkeit zu bieten. Ich hoffe, die Koalition versteht das jetzt auch endlich. Nun ist erstmal das Wichtigste, dass allen Menschen und den Gemeinden schnell und unbürokratisch geholfen wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Landtag dafür schnellstens Geld bereitstellt.~

ZUSAMMEN GEWANDERT



Trotz regnerischem Wetter haben wir uns am Vormittag des 23.6. in Weischlitz auf den Weg nach Großzöbern gemacht. Es gibt nämlich kein schlechtes Wetter, nur falsche Kleidung. Wir, das sind Genossen aus dem Vogtland, Freunde, Dr. Jana Pinka MdL und ihre Mitarbeiterin Kerstin Ufer sowie Philipp Gliesing vom KV Saale Orla. Letztere sind extra aus Freiberg und Jena angereist, um mit uns zu wandern und natürlich die Agrargenossenschaft anzuschauen.

Die fast 15 km lange Wanderung führte uns vorbei am brodelnden Geysir an der Neumühle, am Kemnitzbach entlang, hinauf nach Großzöbern. Hier konnten wir uns nach dem anstrengendem Anstieg erstmal mit liebevoll geschmierten Semmeln, Tomaten und Gurken, alles Bio und aus dem zur Genossenschaft gehörenden Hofladen stärken. Die Zeit nutzte Herr Rudert schon mal, um uns einiges über die Genossenschaft und deren schwierigen Start aus einer ehemaligen LPG zu erzählen.

Er betonte auch, dass es ihn freut, dass wir uns für die Landwirtschaft und seinen Betrieb interessieren. Oftmals fehle den Menschen überhaupt der Bezug zum Ursprung ihrer Lebensmittel.

Ulkig war, dass sein Vortrag von inbrünstigem Muhen begleitet wurde. Wir befanden uns ja in der Vorhalle zum Kälberstall. Die Kälber und Junggrinder wollten uns wohl auch begrüßen. Die anschließende Führung durch die Ställe und den Betrieb fanden alle ganz spannend und interessant.

Anschließend ging es weiter Richtung Geilsdorf, vorbei an den Feldern der Agrargenossenschaft. Ein ökologisch bewirtschaftetes Feld erkennt man daran, dass es keine Fahrrinnen hat. Da ja nur gesät und geerntet und eben nicht mit Pestiziden behandelt wird.

Wir passierten die 300 Jahre alte Schafbrücke im Kemnitzbachtal und die 2 ebenso alten Eichen und wanderten vorbei an riesigen Waldameisenhügeln bis ganz nach oben zur „Schönen Aussicht“. Im Ausflugsrestaurant angekommen, wartete schon eine Überraschung auf unsere kleinen Wanderer, die haben nämlich super durchgehalten! Aus Schöneck ist extra der Moosmann gekommen, mit seinem frechen Raben Rudi und dem Waldwichtel Sahra hat er unsere Kids verzaubert. Nachdem wir uns mit Kaffee und Kuchen gestärkt haben, nahmen wir die 3. und letzte Etappe in Angriff.

Wir konnten nun nochmal richtig in vollen Zügen unsere schöne Heimat genießen. Das Vogtland mit seinen sanften Hügeln, die Pirker Brücke, den Blick bis nach Schöneck ins obere Vogtland.... „Scha schee hier!“

Ca. 18 Uhr waren wir wieder am Ausgangspunkt in Weischlitz angekommen. Es war für alle Beteiligten eine sehr schöne Wanderung. Mal sehen, wohin es uns nächstes Jahr verschlägt...

Alice Schubert

immer einen Besuch wert:

www.dielinke-vogtland.de



RECHTSEXTREMISTEN PLUS IM VOGTLAND

Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Gordian Meyer Plath, hielt bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 2017 fest, dass die Zahl der Rechtsextremisten im Vogtland, im Gegensatz zum Landestrend, zunahm. Insbesondere hebt er hier die Rolle der Partei der III. Weg und deren Büro in Plauen hervor.

Dazu erklärt Lars Legath, Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Vogtland: „Der III. Weg ist seit 2013 im Vogtland als direkter Nachfolger der Revolutionären Nationalen Jugend Vogtland (RNJ) aktiv. Spätestens seit 2014, dem Ausscheiden der NPD aus dem Landtag und dem damit verbundenen Zusammenbruch der Strukturen, übernimmt der III. Weg diese zentrale Rolle und füllt die von der NPD hinterlassenen Lücken. Bei genauer Beobachtung der Szene hätte Herr Meyer-Plath das Problem schon eher auffallen müssen. Spätestens mit der Eröffnung des Parteibüros in Plauen erfüllte sich ein seit den 90er Jahren gehegter Traum vieler Neonazis: eine Mischung aus nationalem Jugendclub und Kaderschmiede. Es wäre ja nicht das erste Mal, dass Rechtsextremisten von Plauen aus deutschlandweite Strukturen aufbauen.“

Janina Pfau, Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der vogtländischen LINKEN, ergänzt: „Dass dem III. Weg und seinen Anhängern auch andere Mittel recht sind, um politische Gegner zu bekämpfen, erfahren wir immer wieder. Anschläge und Attacken auf unsere Büros und Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, sind keine Seltenheit mehr.“

Der III. Weg ist schlicht und ergreifend die Nachfolgeorganisation des verbotenen „Freien Netz Süd“ und hätte sich niemals so stark ausbreiten dürfen. Schon lange vor der Eröffnung des Büros in Plauen hatten Szenekundige auf die Gefahr hingewiesen. Es ist aber für mich immer noch schockierend, dass ein Teil der politischen Verantwortungsträger das Problem kleinredet und wegschaut, obwohl die Zahlen der Vorfälle nachweislich gestiegen sind. Ich hoffe, das Aufwachen kommt bald, nicht dass Plauen oder andere Teile des Vogtlandes als „National befreite Zone“ enden.“~

NEIES VON DAR META

Wie so oft ruft de Neideiteln iehr Falkstaaner Freindin, de Meta aa un froocht „wie gett dars denn?“ Drauf de Meta „uns getts ganz gut Unwetter überstanden un im Gartn wächst alles schee un jede Woch ess mor frisch geerntn Salat, de Gurkn wachsn aa un de Hiehner leeng a schee, dess mor jeden Morng e frisches Friehticksei hamm. Un woas gibbs'n in Plaue Neies?“

„Mar kennt siech andauernd aufreeng“ schimpft de Neideiteln.“ In unnern staatlich anerkanntn Kurort Jöbnitz wächst an dor Steinsdorfer Strooß dess Groos su hoch, dess Kinner gar nimmer drierer gucken kenne. Wenn de aan froochst, dann haast es dess des, hohe, schaa halb vardorrte Zeich erscht Ende Juni mähe wollt. aber im Stadtwald schwärme de Sensenbrigaden aus um endlang von de Wanderweech herrliche Lupinen, Glockenblume un ne wilden Thymian, an dennen siech de Wanderer un Spaziergänger erfreit hamm, niederzerassln. De Naturschützer reden sich de Gusch fusslich, dess die Blume in Wald un Flur mit iehr'n Nektar un Blütenstaub für die Biene un Insekten ieberleemswichtisch sei.“

Drauf de Meta „Wenn die städtischen Sensenbrigaden un e leider ihre Vorgesetzten kaa Ahnung von Flora un Fauna hamm, sollte die Stadt Plauen en Sachvarständschen vom BUND ze nen Vortrach eilod'n, der ihnen die Zusammenhänge in dar Natur erklärt, darmit se iehr wichtsche Arbeit aa umweltgerecht machen kenne.“

Dieter Riedler



Bernd Rixinger,
Parteivorsitzender

GUTE GESUNDHEITS- VERSORGUNG FÜR ALLE

Krankenhäuser retten und mehr Personal durchsetzen

Bernd Rixinger über die nächsten Höhepunkte der Pflegekampagne der LINKEN

Die Kampagne „Menschen vor Profite – Pflegenotstand stoppen“ ist ja im Mai bundesweit mit über 300 Aktionen sehr erfolgreich angelaufen. Die nächste Aktionsphase steht in der Woche ab dem 11. Juni an. Was ist geplant?

Bernd Rixinger: Wir wollen Krankenhäuser gegen Schließungen und Privatisierung verteidigen und Druck für gute Gesundheitsversorgung und gegen Ärztemangel auf dem Land machen. Das steht im Mittelpunkt der nächsten Aktionsphase. Immer mehr Kliniken werden privatisiert oder geschlossen, weil sie nicht genug Gewinn abwerfen. Für viele wird der Weg zum nächsten Arzt oder ins nächste Krankenhaus immer weiter – gerade auf dem Land. An diesen Zuständen wollen wir etwas ändern.

Aber auch beim Thema „mehr Personal in der Pflege“ bleiben wir am Ball. Am 23. Mai hat die Bundesregierung ein Sofortprogramm gegen den Pflegenotstand veröffentlicht. Es zeigt, dass die Bundesregierung unter Druck steht. Aber das reicht bei weitem nicht: Allein in den Krankenhäusern fehlen 100.000 Pflegekräfte. Daher werden wir auch wieder Aktionen vor Kliniken machen, um Pflegekräfte, PatientIn-

nen und Angehörige zu erreichen und UnterstützerInnen für die Kampagne zu gewinnen.

Vielen Krankenhäusern geht es wirtschaftlich schlecht. Was kann gegen Schließungen und Privatisierung unternommen werden?

Bernd Rixinger: 2015 waren noch 580 von 1.956 Krankenhäusern in Deutschland in öffentlicher Hand – es wird immer weiter privatisiert. Das System der Fallpauschalen (DRG) führt dazu. Je nach Diagnose wird pauschal

sondern die Bevölkerung versorgen.

Wir fordern die Abschaffung des Fallpauschalen-Systems und eine Finanzierung, die sich am Bedarf und den Bedürfnissen der Menschen orientiert statt am Profit. In den Krankenhäusern fehlen Investitionen in Höhe von mindestens 50 Milliarden Euro. Das muss sich ändern: die Bundesregierung muss dringend Geld bereitstellen, um Schließungen und Privatisierung zu verhindern und überall eine gute Krankenhausversorgung sicherzustellen! Das Geld dafür ist vorhanden, aber die Bundesregierung investiert lieber in Aufrüstung der Bundeswehr statt in die Krankenhäuser und sie hat nicht den Mut dazu, Milliardäre endlich gerecht zu besteuern.

Was will die LINKE für eine bessere Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen tun?

Auf dem Land fehlen häufig (Fach-)Ärzte, in manchen wohlhabenden Stadtteilen gibt es eine hohe Dichte an

Fachärzten. Wir wollen dafür sorgen, dass die Ärzte bundesweit besser und gerechter verteilt werden. Mobile Arztbusse und regionale Versorgungszentren sind zusätzlich sinnvoll. Die LINKE sieht flächendeckende gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen als Aufgabe des Staates an. Wir wollen die Kommunen auch finanziell stärken und Gemeinden unterstützen, die kommunale Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen betreiben oder aufbauen.



Geld gezahlt. Manche Diagnosen „lohnen“ sich nach dieser Logik mehr, andere weniger: Die Zahl der Hüftoperationen zum Beispiel ist in den letzten Jahren stark gestiegen, sie „rechnen sich“. Geburtsstationen dagegen werden oft geschlossen. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren gezielt die Weichen dafür gestellt, die Krankenhäuser der Logik von Profit statt Bedarf zu unterwerfen. Die LINKE hält dagegen: Krankenhäuser sollen nicht Profit machen,

DIE "LANDRÄTLICHE STURZGEBURT"



Da hat der Berg unter gewaltigen Stößen nunmehr eine Maus geboren - eine "grau-"liche noch dazu! Im vornehm - landrätlichen "Kreiß"-Saal gar das "Licht der Welt" erblickt.

"Als Geburtshelfer" fungierte des Landrats "rechte Hand" Andreas Schautschik. Als Paten: Die CDU-Fraktion wie auch ihre artigen Mit-oder besser: Nachläufer von den sogenannten Sozial - Demokraten. Lange genug hatte sie ja gedauert, diese "Schwangerschaft" - gut und gerne für zwei Elefanten gereicht.... Ob es überhaupt lebensfähig ist, dieses arme graue Mäuschen, so mickrig und ungeliebt gar. Obgleich ihm doch quasi der "landrätliche Odem" eingehaucht - man wird sehen (wie der Blinde sagt) . Bleibt am Ende vielleicht gar nur ein schlichtes Holzkreuz ("Hier ruhet in Frieden die landrätliche Müllordnung - es hat nicht sollen sein. Besser wär`s! War es doch bereits im Vorfeld längst eine Totgeburt - da halfen weder Not-OP noch ein solcher "Kaiserschnitt". Hinter verschlossenen Türen war beraten und beschlossen worden. Der "dumme Bürger" blieb - wie stets -"außen vor". Sah man doch keine Veranlassung für seine Einbeziehung. Reicht doch wohl, wenn der "dumme Michel" den üblen Müllhaufen am Ende bezahlt! Und das wie immer nicht zu knapp! Von wegen: es wird am Ende insgesamt billiger! Und für wen eigentlich? Haben doch die Mietervereine , die AWG als größter Vertreter der Betroffenen und andere längst klargestellt: Diese Müllordnung ist einfach nur "Müll" - ungerecht und unsozial, schwer durchschaubar und hatten deshalb vor dem Tagungsort hör - und sichtbar protestiert. Waren sie doch bei den "Bera-

tungen" gleichermaßen "außen vor" geblieben. Hatten selbst zur Kreistags-sitzung kein Rederecht erhalten.

Wie gewohnt vom "Herrn Landrat" abgebugelt. Demokratie eben nach "Hausmacher" oder besser Gutsherrenart. Alle berechtigt warnenden Stimmen arrogant in den Wind geschlagen. Daß aus dem "Gegenwind" ein Sturm wird, ist wohl eher nicht zu befürchten. Ob Bundestag, Landtag, Kreistag: CDU/SPD Mehrheit stets gesichert. Oder dreht sich vielleicht auch noch der Wind? Weht ihnen doch mal schärfer entgegen? Und die Bürger tappen nicht mehr dumm in eure Mausefalle? Die Beiträge in der Presse - zumal deutliche Leserbriefe - geben zumindest ein bescheiden Maß an Hoffnung. Wie auch die tausenden Protestunterschriften, von den Linken übergeben, die diese Abfallpläne entschieden ablehnen - wofür ihnen der Bürger Dank gebührt. Auch die im Vorfeld beantragte Vertagung der Abstimmung, wie beantragt, hätte die Möglichkeit der Einbeziehung der betroffenen Bürger ermöglicht. Aber eben dies sollte wohl nicht sein! Und überhaupt: Gebührenpflichtige Pflichtleerungen: Ich gehe doch auch nicht aufs Klo, wenn ich gar nicht muß! Am 21.6. ist der Tag des Schlafes. So hoffe ich doch, daß der Bürger danach seine Schlafmütze, die man ihm über die Ohren zog, in den Alttextilcontainer schmeißt und die Herrschaften da im "Palazzo prozzi" wissen läßt: Haben fertig - Problem erkannt - sind aufgewacht. Zeit wirds!

Jürgen Böhm

FÜNFZEHN EURO SIND ZU WENIG

Nach dem Hochwasser im Vogtlandkreis bei dem besonders die Stadt Adorf und umliegende Gemeinden in Mitleidenschaft gezogen wurden, hatte die Staatsregierung schnelle Hilfe versprochen. Ergebnis ist eine Soforthilfe für die betroffenen Kommunen in Höhe von fünfzehn Euro je Einwohner.

Für Maik Schwarz, Mitglied des Kreisvorstands der LINKEN im Vogtland ist das deutlich zu wenig: „Ich stamme selbst aus Adorf und war erschrocken, als ich die Bilder gesehen habe. Als ich gestern von den 15 Euro Soforthilfe des Landes gehört habe, hielt ich das für einen schlechten Scherz. Mit dieser Summe, kann man mit den Opfern und den vielen freiwilligen Helfern vielleicht mal nett grillen, aber das war es dann auch schon. Was es nun braucht, ist eine schnelle und vor allem angemessene finanzielle Entlastung der betroffenen Kommunen. Diese sind wie alle anderen Kommunen in Sachsen ohnehin seit Jahren finanziell unterversorgt. Es wäre Zeit, dass mal nicht nur der Himmel die Schleusen öffnet, sondern auch der Finanzminister des Freistaates.“~

NEUE REGIONALMITARBEITERIN DER LANDESGRUPPE SACHSEN DIE LINKE. IM BUNDESTAG

im Gebiet Südwestsachsen

Liebe Mitstreiter*innen, wissensdurstig und energisch wie ich bin, freue ich mich sehr, ab sofort für die Landesgruppe Sachsen als Regionalmitarbeiterin im Gebiet Südwestsachsen tätig zu werden. Mein Name ist Karoline Loth. Ich bin 27 Jahre alt und komme aus dem schönen Thalheim im Erzgebirge.

Nachdem ich eine Ausbildung zur Bankkauffrau absolvierte, zog es mich für eine Sommersaison als Fundraiserin für NGOs in die Schweiz. Danach fuhr ich für eine große deutsche Reederei zur See und arbeitete als Tauchmeisterin in Spanien. Nach dieser prägenden Zeit führte mich mein Weg zurück nach Deutschland. Ich wurde im Marketing tätig und arbeitete anschließend im internationalen Vertriebsaußendienst eines Automobilzulieferers.

All diese Jobs waren für meine Weltanschauung sehr wichtige Erfahrungen. Neben vielen wunderbaren Zeiten begegnete ich auch schwierigeren Zeiten, die mir bewusst machten, dass das System, in dem wir leben, nicht dem entspricht, wie ich mir eine optimale Welt vorstelle. Kurzum, meine Träume und Wünsche von der Zukunft unserer Welt wurden zu groß, als dass ich meine Kräfte weiterhin dafür aufbringen mochte, um die Dividende eines Unternehmens in die Höhe zu treiben. Ich kündigte meinen Job und absolvierte Fortbildungen, um die wirtschaftlichen und globalen Zusammenhänge besser verstehen zu können.

Nachdem ich mich in meiner Jugend im Landesschülerrat Sachsen aktiv um die Belange der Schüler kümmerte und über meine Berufsjahre mich immer für die Auszubildenden und Arbeitnehmer stark machte, steuerte die Welt auf die Flüchtlingsbewegungen zu. Für viele Menschen, wie auch mich, war es selbstverständlich sich in dieser Zeit zu engagieren und zu helfen, wo man nur helfen konnte. Schließlich

trat ich in DIE LINKE ein. Schon nach kurzer Zeit durfte ich viele Aufgaben übernehmen, meine Ideen aktiv einbringen und mich für mein idealistisches Weltbild - was den Themen der LINKEN ganz klar entspricht - einsetzen. Ich bin mit dem Herzen dabei, mit Leidenschaft und Energie und dem Wille DIE LINKE voranzubringen. Schließlich erfuhr ich von der Position der Regionalmitarbeiterin - der Zufall trifft nur einen vorbereiteten Geist.

Nun freue ich mich darauf, die Landesgruppe Sachsen tatkräftig zu unterstützen. Gerne könnt ihr mit mir Kontakt aufnehmen: karoline.loth@dielinke-erzgebirge.de Selbstverständlich werde ich in der nächsten Zeit alle Büros in der Region Südwestsachsen besuchen, um mich auch persönlich vorzustellen. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit! Solidarische Grüße,

Karoline Loth



Karoline Loth neue Mitarbeiterin der Regionalgruppe

Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!



deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr

ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de

ZUR FIESTA DE SOLIDARIDAD NACH BERLIN!

Am 28. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder die traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

„Man fühlt sich wie in Kuba!“ – so erzählen es jedes Jahr die Besucher der „Fiesta de Solidaridad“. Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli 2018 wieder Kubafreund*innen aus dem In- und Ausland zu diesem großen Solidaritätsfest in die Berliner „Parkaue“ ein.

Auch in diesem Jahr erwartet die Besucher*innen ein umfangreiches Programm: Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen, auch gibt es Baseball, Boxen und Domino. An über 50 Ständen locken karibische Cocktails, leckeres Essen, Infos aus Kuba und Lateinamerika sowie interessante Gespräche.

Für die Talkrunden hat Cuba Sí interessante Gäste eingeladen, so zum Beispiel den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo, angekündigt hat sich auch sein „Interkosmos“-Kollege Siegmund Jähn. Bei der Fiesta dabei sind auch María del Carmen Cejas, Präsidentin unserer Partnerorganisation für die Milchprojekte (ACPA), sowie Elio Gámez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft.

Die kleinen Fiesta-Besucher können sich auf ein wunderbares Kinderfest freuen, und bei unserer Solidaritätstombola ist der Hauptpreis ein Flugticket nach Kuba.

Am Abend steht die Band „Che Sudaka“ live auf der Fiesta-Bühne! Und für die Nimmermüden beginnt um 22 Uhr eine After-Show-Party im Stadteilladen „Zielona Gora“. am Boxhagener Platz, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin.

„Umsonst und draußen“ – so feiern wir die „Fiesta de Solidaridad“ auch in diesem Jahr! Wer sich trotzdem an der Finanzierung unseres Solifestes beteiligen möchte, kann dies mit einer Spende von 5 Euro tun. Dafür gibt's den Soli-Button – getragen am T-Shirt oder am Rucksack macht er Euch als Unterstützer der Fiesta erkennbar. Und wer Lust hat, am Fiesta-Tag dem Organisationsteam zu helfen – beim Auf- oder Abbau, beim Cocktail-Mixen, beim Bierverkauf oder beim Verkauf der Lose –, der melde sich bitte unter berlin@cuba-si.org!

Nos vemos! Wir sehen uns in Berlin. AG Cuba Sí (www.cuba-si.org)

Fiesta de Solidaridad 28. Juli 2018, 14 – 22 Uhr Parkaue Berlin-Lichtenberg, Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee

After-Show-Party Ab 22 Uhr, Stadteilladen „Zielona Gora“ Grünberger Straße 73, 10245 Berlin (am Boxhagener Platz)



Fiesta de Solidaridad



**MIT KATJA KIPPING
UNTERWEGS:
12. Juli 2018**

Was passt besser zum sonnigen Sommer als gute Gespräche? Zu diesen laden **Katja Kipping** (Parteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete der LINKEN), **Rico Gebhardt** (Vorsitzender Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag) gemeinsam mit dem Kreisverband der LINKEN am **12. Juli 2018** ein.

13:00 Uhr - Wanderung mit Katja Kipping und Rico Gebhardt in Plauen, von der Anton-Kraus-Straße (Höhe Ärztehaus), entlang der Weißen Elster, zum Neustadtplatz

15:15 Uhr - Stadtführung mit Katja Kipping durch Plauen

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen!

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.06.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.07.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.